

«Der Sparwahn kann gefährlich werden»

Kinderherz-Chirurg René Prêtre, Chefarzt am Kinderspital Zürich, über die Risiken der Fallpauschalen – und die Arroganz der Ärzte

Die pauschale Abgeltung von Spitalbehandlungen benachteiligt die Kinderkliniken, sagt Star-Chirurg René Prêtre, Schweizer des Jahres 2009. Er appelliert an die Politik, «umgehend einzugreifen», falls die Versorgung der Kinder nicht mehr sichergestellt sei.

VON NADJA PASTEGA

Herr Prêtre, wird es wegen den Fallpauschalen zu einem Leistungsabbau in den Kinderkliniken kommen?

René Prêtre: Die Fallpauschalen basieren auf der Erwachsenenmedizin, die gleiche Erkrankung hat aber bei einem Erwachsenen und einem Kind unterschiedliche Konsequenzen. Kinder sind nicht einfach kleine Erwachsene, bei denen man nur die Dosierung der Medikamente anpassen muss. Wenn man die Pauschalen der Erwachsenen auf die Kinder anwendet, ist das sicher nicht korrekt, sogar nachteilig.

Was ist denn anders bei Kindern?

Sie brauchen eine viel intensivere Betreuung und mehr Personal. In der Herzchirurgie führen wir 20 Prozent der Operationen in den ersten Lebenswochen durch und etwa 50 Prozent im ersten Lebensjahr. Der Stress für das Kind ist enorm. Ich habe in vier Ländern gearbeitet – in Amerika, in England, in Frankreich und jetzt in der Schweiz – überall verlangt die Behandlung der Kinder nach einer Herzoperation mehr als bei Erwachsenen. Sie bleiben länger auf der Intensivstation und länger im Spital. Hinzu kommt das Problem der Eltern. Sie sind oft berufstätig und haben nicht die Zeit, sich um ein krankes Kind zu kümmern. Auch darum müssen Kinder manchmal länger im Spital bleiben. Das kostet.

Werden Sie in Ihrem Bereich Abstriche machen müssen?

Ich hoffe, dass die Schweiz am Schluss vernünftig ist und uns geben wird, was wir brauchen. Es ist im Moment schwer einzuschätzen, wie gross letztendlich die Konsequenzen der Reformen sein werden und wie wir damit arbeiten werden. Wir alle wollen die höchste Qualität für unsere Kinder und ich erwarte, dass die Schweiz umgehend reagiert, falls wir signalisieren, dass dies nicht mehr zu schaffen ist. Vielleicht bin ich naiv, aber ich denke, dass die Schweiz primär an ihre Kinder denken wird. Sie sind die Zukunft. Wenn eine Gesellschaft so egoistisch geworden ist, dass sie nicht mehr an die Kinder denkt, dann haben wir ein grosses Problem.



René Prêtre:
«Wenn die Gesellschaft nicht mehr an ihre Kinder denkt, haben wir ein Problem.»

zwischen den Spitälern. In der Schweiz schaffen wir das nicht. Der Grund ist mir nicht ganz klar. Das würde enorme Einsparungen bringen.

Auch mit den Fallpauschalen will man die Kosten senken.

Wir unternehmen bereits zahlreiche Sparbemühungen. Wir haben zum Beispiel die Spitalaufenthalte schon verkürzt und arbeiten daran, diese weiter zu verkürzen. Man kann aber die Sparschraube nicht zu weit anziehen. Irgendwann wird der Sparwahn gefährlich.

Die Qualität in den Kinderkliniken ist gefährdet?

Exzessive Einsparungen werden direkt zu einem Leistungsabbau führen. Das Personal ist schon heute am Anschlag. In meinem Team arbeiten alle mehr als 100 Prozent. Ich glaube nicht, dass man hier weiter reduzieren kann. Sonst müssen wir Leistungen abbauen und gewisse Therapien nicht mehr anbieten. Oder man investiert nicht mehr in die Forschung. Wir sind aber verpflichtet, auch den nächsten Generationen etwas mitzugeben. Wir alle profitieren heute auch von der Forschung früherer Generationen.

Was braucht es jetzt für Massnahmen?

Wir müssen alle Massnahmen nutzen, die unsere Kosten reduzieren können, sodass wir unsere hohe Qualität in der Medizin erhalten können. Die Fallpauschalen sind sicherlich eine Massnahme, die man probieren kann, aber sie muss auch spezifisch adaptiert sein, insbesondere für die Kindermedizin. Die Kinderspitäler sind auch nicht inaktiv geblieben. Das Kinderspital Zürich hat sich zusammen mit den Kinderspitälern von Basel und St. Gallen gemeinsam für eine bessere Abgeltung ihrer Leistungen eingesetzt. Wir haben zum Beispiel mehr Alterssplits, also Preisabstufungen nach Alter gefordert.

Was erwarten Sie von den Politikern?

Ich erwarte, dass sie drastische Sparmassnahmen treffen, auch wenn diese für uns unpopulär sind. Aber ich erwarte auch, dass sie die Allgemeininteressen der Schweiz anschauen und nicht Partikularinteressen von einzelnen Institutionen oder Kantonen. Ich bin der Meinung, dass man die Medizin auf Bundesebene regeln muss – das heisst, eine Strategie entwickelt für acht Millionen Einwohner. Das wäre viel effizienter, als wenn jedes Kantonsspital für vielleicht 200 000 Personen alles anbietet. Man erreicht in der Schweiz fast jeden geografischen Punkt in weniger als drei Stunden. Wir sind ja nicht in der Mongolei.

Das sind Fallpauschalen

Ab 2012 sollen alle Spitäler in der Schweiz nach einem einheitlichen System abrechnen. Jede Diagnose wird mit einer so genannten Fallpauschale abgegolten. Sie setzt sich zusammen aus dem Kostengewicht (das die Schwere eines Falles widerspiegelt) und dem Basispreis. Die Kantone übernehmen mindestens 55 Prozent der Kosten, die Versicherer maximal 45 Prozent. **Kinderärzte kritisieren**, dass sich die Pauschalen an der Erwachsenenmedizin orientieren – die Behandlung von Kindern sei aufwändiger und daher teurer. Diese Zusatzkosten würden künftig nicht mehr bezahlt. (PAS)

Die Gesundheitskosten laufen aus dem Ruder. Ist es zynisch zu fragen, ob man auch bei Kindern sparen kann?

Nein. Auch bei Kindern kann man und soll man sparen, solange die Qualität ge-

halten wird. Wir tun das auch seit Jahren. Die Kostenspirale dreht sich immer schneller. Die Politiker sind verpflichtet, etwas dagegen zu unternehmen. Es ist für sie aber extrem schwierig zu entscheiden, wo man sparen kann. Ich muss zugeben, dass wir uns vonseiten der Ärzte nicht immer korrekt verhalten haben. Es ist einfach, einem Politiker zu sagen: «Sie kämpfen für ein paar Rappen – ich für ein Leben!» Solche Argumente sind so asymmetrisch, dass der Politiker nicht gewinnen kann. Wir sind zum Teil etwas arrogant aufgetreten und waren nicht kompromissbereit. Inzwischen ist aber allen klar, dass man sparen muss. Das will ich auch persönlich. Die Situation in der Schweiz ist langsam unerträglich.

Die Kosten sind zu hoch?

Ja. Die Qualität unserer Spitäler ist weltweit erstklassig, wir gehören zu den Top Vier zusammen mit Japan, Schweden

und den Niederlanden. Aber dort sind die Kosten tiefer.

Warum?

Es gibt wahrscheinlich mehrere Gründe. Einer ist, dass sie besser vernetzt sind. Schweden und die Niederlande haben die hoch spezialisierte Medizin in sehr wenigen Zentren konzentriert. Damit konnten sie die Kosten drastisch senken. Sie erzielen seither aber auch bessere Resultate und haben weniger Komplikationen, die im Übrigen auch sehr teuer sind. Ein Chirurg, der 50 Mal pro Jahr eine Operation durchführt, wird noch besser werden, wenn er diese Operationen 100 Mal durchführen kann. Das ist einfach so, und in jedem technischen Bereich.

Es braucht mehr Konzentration?

Das ist meine persönliche Vision: eine starke Konzentration und eine gute Vernetzung mit aktiven Kollaborationen

WEF: Deutsches Flugzeug in der Luft gestoppt

Über Bregenz musste die Luftwaffe einen Flieger abfangen

DIE ÖSTERREICHISCHE LUFTWAFFE hat während des Weltwirtschaftsforums in Davos erstmals eingegriffen: Sie stoppte am Freitagnachmittag ein deutsches Flugzeug, das trotz des Flugverbotes über Vorarlberg unterwegs war. Die Propellermaschine flog gegen 16.40 Uhr unerlaubt im Raum Montafon und wurde dabei vom Radar des Österreichischen Bundesheeres erfasst, wie das Bundesheer am Samstag mitteilte. Zwei Flieger des Typs PC-7 stiegen auf und eskortierten die Maschine aus dem gesperrten Luftraum in Richtung Deutschland. Den Piloten erwartet nun eine hohe Verwaltungsstrafe.

Zur Luftraumsicherung des WEF setzt das Österreichische Bundesheer insgesamt 1000 Soldaten und über 30 Luftfahrzeuge ein. Vom bewaffneten Helikopter bis zum Eurofighter sind alle Luftfahrzeugtypen des Heeres ständig

einsatzbereit oder sogar in der Luft. Damit ist es möglich, in allen Höhenlagen sowohl auf langsame als auch auf schnelle Flieger zu reagieren. Mit der Schweiz erfolgt ein elektronischer Datenaustausch, zusätzlich befinden sich Verbindungsoffiziere im jeweils anderen Land. Unterstützung kommt von der Schweizer Luftwaffe: In Payerne VD sind während des Grossanlasses elf FA/18-Kampfflugzeuge sowie mehrere PC-7-Flugzeuge stationiert.

EINDRINGLINGE werden in Zusammenarbeit mit den Radarstationen am Boden abgefangen, aus der Sperrzone eskortiert, abgedrängt oder zur Landung gezwungen. Zuletzt flogen 2009 und 2010 Piloten in die Sperrzone. Im Ernstfall müsste Verteidigungsminister Ueli Maurer entscheiden, ob Waffen eingesetzt werden sollen. (DAPD/RED)

Schneider-Ammann will WTO-Abschluss 2011

Die Wirtschaftsminister beschleunigen das Tempo für die Welthandelsliberalisierung

VON FLORENCE VUICHARD

2001 lancierte die Welthandelsorganisation (WTO) in Doha eine neue Liberalisierung. Nun, zehn Jahre später, wollen die Wirtschaftsminister die Doha-Runde beenden. Konkret: Die einzelnen Texte sollen bis April vorliegen, das Paket muss bis Juli fertig sein, die Schlussfassung bis Dezember. Das gaben WTO-Direktor Lamy und Bundesrat Johann Schneider-Ammann gestern gemeinsam in Davos bekannt. «Wir sehen jetzt ein günstiges Zeitfenster», sagte Schneider-Ammann.

Zu dieser Erkenntnis kamen er und Lamy nach einer kleinen WTO-Runde, die wie üblich am Rande des WEF in Davos stattfand. Die 24 anwesenden Wirtschaftsminister hätten signalisiert, dass sie das Verhandlungstempo beschleuni-



Bundesrat Schneider-Ammann an der kleinen WTO-Runde in Davos.

gen wollten, so Lamy. Und alle seien sich bewusst, dass ein Doha-Abschluss nur funktionieren würde, wenn jeder bereit sei, auch etwas zu geben. Ob auf den Optimismus von Davos tatsächlich ein Abschluss folgt, ist freilich unklar. Denn die Doha-Runde hat schon manchen Rückschlag erlitten. «Die Chancen stehen aber besser als 2010», heisst es aus dem Umfeld von Schneider-Ammann.

DER ELAN der Wirtschaftsminister wird in der Schweiz insbesondere die Bauern aufschrecken. Ein Doha-Abschluss wird sie teuer zu stehen kommen. Die Schutzzölle auf den Agrarprodukten würden massiv gestutzt. Die Folgen: Mehr Importe von Agrarprodukten – und wohl auch günstigere Preise für die Konsumenten.